



Bündniszeitung Tag der Menschenrechte

Derechos Humanos sin fronteras

حقوق الانسان بلا حدود

sınırsız İnsan hakları

Права человека без ограничений

حقوق بشر مرزی نمی شناسد

Ljudska prava bez granica

Human rights without limits

ადამიანის უფლებები საზღვრების გარეშე

Mafên mirovan bêsinor

Droits de l'homme sans limites

ما فوو بی سنه ورو مه روو فی



© kargah e.V., Invisible Rights, Workshopleitung „2 Sides Of A Wall“: J. Khalaf, J. Müller

Menschenrechte grenzenlos! Bedingungslos und überall?

Mit der Bündniszeitung und unserem vielfältigen Veranstaltungsprogramm möchten wir wichtige Menschenrechtsthemen auf die Tagesordnung bringen und alle Hannoveraner*innen zum Diskutieren einladen.

Kathrin Apelt, kargah e.V.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde vor 69 Jahren von der UN verfasst und von seinerzeit 48 Staaten unterzeichnet, um eine gemeinsame Grundlage für ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen zu schaffen. Beim Lesen der 30 Artikel wird schnell klar, dass es eine große Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Konvention und ihrer Umsetzung in der Realität gibt. Heute werden immer noch tagtäglich weltweit Menschenrechtsverletzungen begangen. Eine Vielzahl an Menschen erfahren Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Kultur, politischer Gesinnung, sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts. Viele sind Folter oder Polizeigewalt ausgesetzt, werden von sozialer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen, leben

in Armut und haben keinen Zugang zu Bildung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Selbstkritik der europäischen Staaten

Es ist bequem auf die Defizite anderswo zu zeigen. Wir als Bündnis möchten jedoch genauer hinschauen, um die Ursachen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, sichtbar zu machen. Inwieweit gründen unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit auf der Armut und Ausbeutung anderer Menschen - sowohl global als auch innerhalb Europas? Werden die Menschenrechte in der EU und Deutschland wirklich konsequent umgesetzt? In vielen Bereichen gibt es Anlass zum Zwei-

fel - sei es in der Asyl-, Überwachungs- oder Sicherheitspolitik sowie dem alltäglichen zwischenmenschlichen Miteinander und den auch in Deutschland und Europa nicht verwirklichten Rechten von Frauen im Arbeits- und Privatbereich. Rassistische, sexistische und homophobe Diskriminierung und Übergriffe sind auch in Deutschland und Europa heute leider immer noch an der Tagesordnung.

Starkes Bündnis

Es reicht nicht, sich darauf zu verlassen, dass die Länder, die die Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet haben, sich gewissenhaft für deren Umsetzung einsetzen. Sowohl auf staatlicher als auch auf bürgerschaftlicher

Ebene müssen diese Konventionen politisch umgesetzt werden. Deswegen haben sich 2016 auf Initiative von kargah e.V. über 25 Initiativen im Rahmen des Tages der Menschenrechte, der jedes Jahr am 10. Dezember stattfindet, zusammengeschlossen. Als Bündnis wollen wir einen kritischen Blick auf Menschenrechtsverletzungen richten und mit Ihnen sowie der Politik ins Gespräch kommen.

Hierzu laden wir Sie zu unserer großen **Veranstaltungsreihe vom 13. November bis 20. Dezember** ein, bei der wir in Form von **Ausstellungen, Vorträgen, Theater** und einer **Filmreihe** verschiedene und kritische Perspektiven zum Thema Menschenrechte aufmachen werden. Auftakt zu unserem kritischen Diskurs gibt unsere gemeinsame **Bündnisveranstaltung am 17.11. im Kulturzentrum Pavillon**, bei der Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Publizist) in seinem Vortrag analysieren wird, inwieweit der Staat die Angst vor Terror und Migrationsbewegungen dazu nutzt, um autoritäre Strukturen einzuführen, die Demokratie und Menschenrechte gefährden. Der Referent geht zudem auf die Mitverantwortung der europäischen Staaten in Bezug auf Fluchtursachen ein. Welche Lösungsansätze lassen sich von dieser Perspektive aus ableiten?

Neue Blickwinkel einnehmen

Mittels künstlerischer Protestformen schaffen wir Öffentlichkeit: Ein interkulturelles Wandbild (siehe oben) wirft einen kritischen Blick auf die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und im Nahen Osten, mit künstlerischen Protestplakaten sowie einer Straßenperformance (alle entstanden in dem Projekt „Invisible Rights“ von kargah e.V.), treten wir gemeinsam mit Geflüchteten und Alteingesessenen in die Öffentlichkeit.

Unsere Bündniszeitung möchte einen tieferen Einblick in verschiedene Menschenrechtsthemen geben und setzt sich aus vielfältigen Formaten zusammen. Darunter sind Interviews, Comics, Gedichte und journalistische Texte. Unsere Autor*innen berichten u.a. über die Situation von Geflüchteten aus Afghanistan, auf dem Mittelmeer und Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Weltregionen. Weitere Schwerpunktthemen sind die Rechte von Frauen, Kindern sowie die Situation queerer Geflüchteter. Immer aus einem kritischen und kreativen Blickwinkel betrachtet.

Kontakt: info@kargah.de

Die Kulturwissenschaftlerin **Laura Heda** (31) hat beim Verein kargah zwei Aufgabenbereiche: Sie organisiert die Kulturarbeit und gestaltet die Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem initiierte sie mit kargah im letzten Jahr das Menschenrechtsbündnis

Interview

„Wir müssen immer wieder genau hinsehen...“

Wolfgang Becker, MigrantInnenSelbstOrganisationen Netzwerk Hannover e.V.

W.B.: Am 10. Dezember 1948 wurde in Paris von seinerzeit 48 Staaten eine UN-Resolution beschlossen, dieses Datum wird international als Tag der Menschenrechte gefeiert. Welche Bedeutung hat dieser Tag für dich?

L.H.: Wir möchten einerseits die Wichtigkeit dieser Menschenrechtskonvention herausstellen, aber auch über ihre Aktualität ins Gespräch kommen. Für mich ist das ein Tag, an dem wir überprüfen, inwieweit die Menschenrechte umgesetzt werden und ob sie in allen Punkten noch aktuell sind. Die Resolution wurde vor knapp 70 Jahren beschlossen. Z. B. wurde damals noch nicht über Geschlechterfragen oder Begriffe wie Interkultur gesprochen.

W.B.: Wie ist es zu diesem Bündnis in Hannover gekommen?

L.H.: kargah setzt sich seit Jahrzehnten für eine interkulturelle und interdisziplinäre Netzwerkarbeit in Hannover ein. Wir wollen in unserem Bündnis und im Programm die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden und in einen Austausch mit Bürger*innen aller Sprachgemeinschaften kommen. Auch bei Kooperationen und Netzwerken wollen wir die Themen der Menschen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, in den Mittelpunkt stellen und sie aktiv an der Gestaltung beteiligen. Wir freuen uns, dass ein Bündnis aus verschiedenen Migrant*innenorganisationen, kulturellen und politischen

Akteur*innen entstanden ist und dass wir uns gemeinsam für Menschenrechte einsetzen.

W.B.: Diese Menschenrechtserklärung umfasst insgesamt ungefähr 30 Artikel; ich habe mal einen herausgesucht, den Artikel 14.1 / Asylrecht: 'Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.' Was hältst du davon?

L.H.: Ich finde es sehr wichtig, dass dieser Artikel in der Konvention als Menschenrecht verankert ist. Heute wird viel darüber gesprochen, wem Asyl gewährt werden sollte. Oft wird dabei zwischen den „guten“ und „weni-

ger guten“ Geflüchteten unterschieden. Ich denke aber, dass jeder Mensch, sei es aus politischen Gründen, aufgrund von Krieg, aber auch wirtschaftlichen Gründen, in anderen Ländern Asyl suchen dürfen sollte. Beispielsweise leben viele Menschen in Armut, weil europäische Staaten mit ihrer Politik auf Kosten ärmerer Staaten wirtschaften.

W.B.: Wie sieht es aus deiner Sicht mit den Menschenrechten in Deutschland aus?

L.H.: Ich glaube, dass wir viel zu wenig nach Deutschland schauen. Wir hinterfragen selten, wo im eigenen Land Grundrechte eingeschränkt werden oder in welchen Regionen wir bei-



© Laura Heda

spielsweise durch unsere Politik für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Für mich ist es wichtig, dass wir es in diesem Bündnis schaffen, uns intensiv auszutauschen und als politischer Meinungsträger in Hannover größer, lauter und sichtbarer werden.

Kontakt: wolfgang.becker@miso-netzwerk.de

Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion*

* Die Übersetzung finden sie unten auf dieser Seite

Human Rights without Borders – unconditional and everywhere?

69 years after the signing of the Universal Declaration on Human Rights, human rights are still violated every single day. In Europe and Germany too, there is a substantial gap between the commitment and ideal of the Convention and its implementation in reality – whether in asylum, surveillance and security politics or in day to day social interactions.

Strong Alliance

For that reason, kargah e.V. initiated an Alliance of 25 initiatives and civil associations that got together within the framework of the human rights day observed every December 10th. As Alliance, we want to take a critical look

at human rights violations and engage in conversation with you and with politics.

Wide range of events

For that, we invite you to our extensive series of events from November 13th to December 20th. With exhibitions, presentations, theatre and a series of films we will show critical perspectives on the topic of human rights. The kick-off event will be our joint Alliance event on Nov. 17th at the Kulturzentrum Pavillon. Dr. Rolf Gössner (lawyer and publicist) sees a connection between the state's fight against terror and the development towards an authoritarian security state that will strongly endan-

ger our human and civil rights. He also asks about the western world's tremendous co-responsibility for causes of flight and terror.

Taking on new perspectives

This Alliance newsletter seeks to give a deep insight into different human rights issues. Among other, our authors report on the situation of Afghan refugees, the situation on the Mediterranean and about human rights violations in different countries. Further key topics are women's rights, children's rights as well as the situation of homosexual refugees. Always with a critical and creative point of view.



© Waleed Husainy

Auszüge aus „Hymnen eines Migranten“

von Abdulrahman Afif

1

أنت الوردة وأنا طريق القامشلي. أنت البلبل وأنا شجرة الزيزفون. أنت في الباحة وأنا في الريح. أنت مم وزين وأنا القصة. هل عشت في هذه الدنيا. من يستطيع أن يملك الريح والبلبل والشجرة. كوني أنت الوردة لأبقى أنا طريق القامشلي... أنا شيد المهاجر.

1

Du bist die Rose und ich bin der Weg von Qamischi. Du bist die Nachtigall und ich bin die Linde. Du bist im Hof und ich bin im Wind. Du bist Mem u Zin und ich bin die Geschichte. Habe ich in dieser Welt gelebt? Wer kann den Wind, den Nebel und den Baum besitzen. Sei die Rose, damit ich der Weg von Qamischi bleibe.

4

غنى التعب واللحظات الأخيرة من المدرسة والحقول. غنى وجبة البرغل والمخلل. غنى البصلة التي أكلتها مع البرغل عن بكرة أبيها. غنى الماء الذي جرى بين حقول الخيار والبندورة. غنى أذان العصر والمغرب. غنى التعب والراحة وغنى ولاتنس كأس الشاي الأخيرة والحب. أنا شيد المهاجر

4

Singe die Müdigkeit und die letzten Momente der Schule und der Felder. Singe das Essen von Bulgur und eingelegte Gurken. Singe die Zwiebel, die du sie ganz und gar mit dem Burgul aufgegessen hast. Singe das Wasser, das unter den Feldern von Gurken und Tomaten geflossen ist. Singe Gebetsruf des Nachmittags und des Abendgebets. Singe die Müdigkeit und die Rast und singe und vergiss nicht das letzte Glas Tee und die Liebe.

حقوق الانسان بلا حدود! - بلا شروط وفي كل مكان؟

اتخاذ زوايا نظر جديدة

جريدتنا التي يصدرها هذا الاتحاد تحب أن تعطي القراء نظرة أعمق إلى مواضيع حقوق الانسان المختلفة. كتابنا يحكون، فيما يحكون، عن وضع الهاربين اللاجئين من أفغانستان، الوضع في البحر المتوسط وانتهاكات حقوق الانسان في بلدان مختلفة. هناك كذلك مواضيع أساسية أخرى من مثل حقوق النساء، الأطفال وكذلك أوضاع المثليين الجنسيين من اللاجئين. ودائماً تطرح هذه المواضيع من زاوية نقدية وابداعية.

سلسلة من النشاطات المتنوعة

بهذه المناسبة ندعوكم إلى سلسلة نشاطاتنا الكبيرة ابتداء من 13 نوفمبر وحتى 20 ديسمبر، حيث فيها على صيغة معارض، محاضرات، مسرح وسلسلة من الأفلام سوف نعرض آفاقاً نقدية بخصوص موضوع حقوق الانسان. البداية يصنعها نشاطنا الاتحادي المشترك في 17 من نوفمبر في المركز الثقافي بافيلون. المتكلم هو دكتور رولف غوسنر (محام واعلامي) وهو يجد علاقة ما بين مكافحة الارهاب الحكومية والتطور الذي سيؤدي إلى التحول إلى دولة أمنية سلطوية، فيها تصاب حقوقنا الانسانية والمواطنة بأبلغ سوء. إنه يلقي بتساؤلات أيضاً إلى المسؤولية المشاركة الكبيرة للغرب تجاه مسببات اللجوء - والارهاب.

رغم مرور 69 عاماً على التوقيع على البيان العالمي المشترك لحقوق الانسان فإنه لا تزال يومية على نطاق العالم تنتهك هذه الحقوق. لكن كذلك أيضاً في أوروبا وألمانيا هناك تفاوت كبير بين أهداف الاتفاقات وبين تطبيقها في الواقع - سواء في مجال سياسة اللجوء، المراقبة - أو السياسة الأمنية وكذلك في المداولات اليومية بين البشر بعضهم مع بعض.

اتحاد قوي

لهذا فإنه في سنة 2016 ومبادرة من منظمة الكاركا قامت 25 من الجمعيات والمبادرات ضمن اطار يوم حقوق الانسان، الذي كل عام يجري في ال 10 من ديسمبر، بالاتحاد مع بعضها البعض. وكاتحاد نريد أن نلقي بنظرة نقدية على انتهاكات حقوق الانسان وكذلك نود الدخول معكم ومع السياسة في محادثة وحوار.



© Grafik von Minou Vocht

Als Überschriften für jede Doppelseite haben wir einen thematisch passenden Artikel aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) auf verschiedenen Sprachen ausgewählt.

Hier finden Sie die deutsche Übersetzung:

Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion
Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18)

لكل فرد الحق في أن يلجأ إلى بلاد أخرى أو يحاول اللجوء إليها هرباً من الاضطهاد
Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen (Artikel 14)

Herkes toplumda sunulan kültürel faaliyetlere katılma hakkına sahiptir!
Jeder hat das Recht am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen (Artikel 27)

Herkes xwedî mafê jîyan, azadî û ewlehiya şexsê xwe ye
Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 3)

All human beings are born free and equal in dignity and rights
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren (Artikel 1)

Todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión
Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung (Artikel 19)

Interview mit Gorden Isler, Mitbegründer der Initiative „Hamburger mit Herz“

„Die EU finanziert in Libyen jene Strukturen mit, die sie zu bekämpfen versucht“

Initiative für Internationalen Kulturaustausch e. V.

Gorden Isler fuhr im Mai 2017 bei einem Rettungseinsatz der Sea-Eye mit. Mit Johanna Lal von der IIK e.V. sprach er über seine Einschätzung der Situation auf dem Mittelmeer und in Libyen.



© Erik Marquardt

IIK: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, Seenotrettungsorganisationen unterstützten das Geschäft der Schlepper?

G.I.: Es handelt sich um einen perfiden Versuch, die Geschichte zu verzerren. Die University of Oxford widerlegte diese These der Pull-Faktoren bereits im März 2017. Das ist im Grunde so, als würde man behaupten, an der Nordsee bestünde eine größere Gefahr zu ertrinken, weil ein Rettungsschwimmer anwesend ist. Statt über Pull-Faktoren sollten wir über Push-Faktoren spre-

chen. Über europäische Trawler, die in Westafrika den einheimischen Fischern die Meere leer fischen. Über deutsche Rüstungsfabriken, die weiteren Nachschub für die Konflikte und Kriege dieser Welt produzieren. Wir sollten über den Klimawandel sprechen, der in Syrien eine Dürre verursachte wie nie zuvor aufgezeichnet und die schon vor dem Krieg mehr als 1,5 Mio. Klimaflüchtlinge verursachte.

Unwürdige Kompromisse

IIK: Wie bewerten Sie die finanzielle Unterstützung der libyschen Küstenwache durch die EU?

G.I.: Mit der libyschen Küstenwache fördert die EU de facto unterschiedliche Milizen. Es gibt auch genügend Hinweise darauf, dass die Angehörigen der libyschen Küstenwache selbst im Schleppergeschäft tätig sind oder waren. Heute müssen wir davon ausgehen, dass die EU genau jene Strukturen in Libyen mitfinanziert, die sie zu bekämpfen versucht. Man scheint dies jedoch in Kauf zu nehmen, weil das Primärziel, die sogenannte Schließung der Mittelmeerroute, absolute Priorität zu haben scheint. Die EU ist offensichtlich

bereit, jeden noch so unwürdigen Kompromiss einzugehen, um die Anzahl der Menschen zu senken, die tagtäglich in Italien ankommen – gleichwohl man genau weiß, welches Schicksal diesen Menschen in Libyen droht. Dies ist mindestens eine klare Untergrabung, wenn nicht sogar ein Bruch des Völkerrechts.

Menschen retten statt Mauern bauen

IIK: Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden?

G.I.: Es muss sofort eine staatliche Seenotrettungsmission eingeführt werden, deren Mandat genau wie bei ‚Mare Nostrum‘ darauf abzielt, möglichst viele Menschen zu retten. Italien und Griechenland müssen

bei der Rettung und Versorgung der Menschen von allen europäischen Partnern unterstützt werden. Hier muss Deutschland eine humanitäre Führungsrolle einnehmen. Darüber hinaus müssen die NGOs unter Schutz gestellt werden, die Diffamierungskampagne muss enden und finanzielle Unterstützung bei der Ausrüstung der Schiffe muss eine Selbstverständlichkeit werden. Statt Mauern in Afrika zu errichten und Entwicklungsgelder der GIZ in den Grenzschutz zu investieren, muss sich Europa an der Versorgung der Menschen in den afrikanischen Flüchtlingslagern maßgeblich beteiligen. Generell müssen finanzielle Unterstützungen an humanitäre Bedingungen geknüpft werden.

Kontakt: info@iik-hannover.de

Über die Situation in Libyen diskutieren wir bei der IIK e.V. Veranstaltung „Menschen(rechte) über Bord“ am 20.11.2017 in der Warenannahme (Faust). Außerdem findet am 4.12.2017 der Vortrag „Sterben für das Paradies – Erlebnisse eines Rettungseinsatzes“ im Diakonischen Werk Hannover statt. Näheres im Veranstaltungsprogramm auf S. 6/7.

Drei wahre Fluchtgeschichten - Ein Auszug

Der kälteste Sommer

Comics von Dimitra Adamopoulou, Thanasis Petrou, Giorgios Tragakis

Die Rosa Luxemburg Stiftung hat einen Comic herausgebracht, der den Leser*innen auf eine etwas andere Weise Geschichten der Flucht näher bringen möchte.

Eine berufstätige Mutter, ein berufstätiger Vater und zwei Kinder müssen um ihr Überleben kämpfen. Sie verlassen ihre Heimat, die zu gefährlich geworden ist, geben ihr tägliches Leben auf, da es unerträglich geworden ist. Sie lassen ihre Familien zurück, um ein Leben zu erreichen, das es ihnen erlaubt, über den nächsten Tag, über den nächsten Monat hinaus zu denken und Pläne für eine Zukunft in Frieden zu machen: zu arbeiten, zu studieren und mit gleichem Zugang zu Demokratie, sozialen Rechten und Kultur unter uns zu leben. Die Geschichten beruhen auf autobiografischen Erzählungen von Flüchtlingen, die wir in Athen und Berlin getroffen haben. Wir haben uns entschlossen, diese in Comics umzuwandeln, um Dramatik zu vermeiden und gleichzeitig erzählerische Details beizubehalten.

Mitmenschen unserer Gesellschaften

Die Protagonist*innen sind Menschen, die unseren Familien angehören, unsere Freund*innen oder Nachbar*innen sein könnten. Sie sind ohne Zweifel Personen, die eines Tages als Mitmenschen in unseren Gesellschaften und unseren Räumen anerkannt werden. Lasst sie uns begrüßen. Angesichts des starken Zustroms der letzten Monate

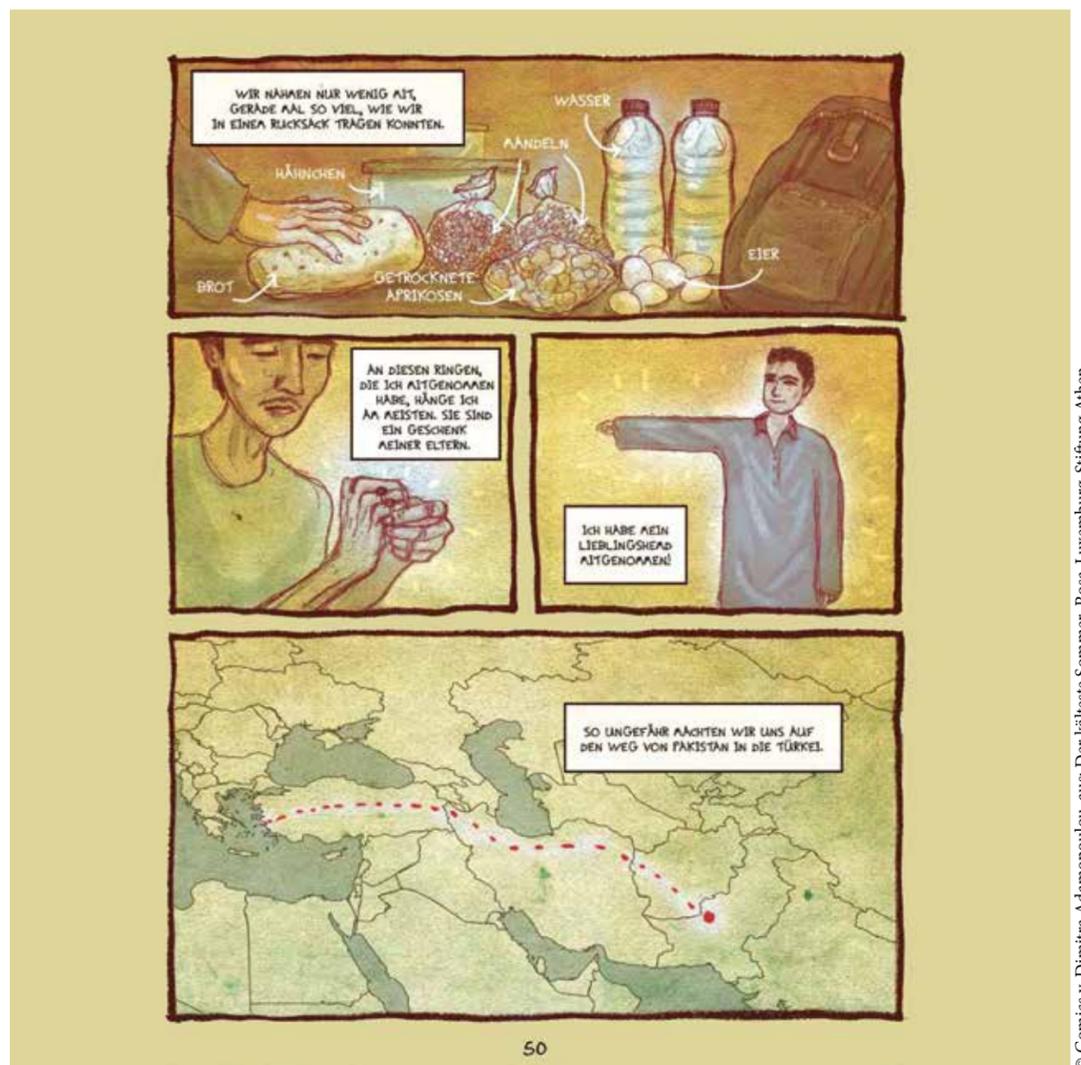
konzentriert sich unser neuer Beitrag zur öffentlichen Debatte auf reale Geschichten, erzählt von echten Menschen. Das Büchlein enthält neben den Comics auch einen literarischen Text und zwei kurze Essays über Migration. Es liegt zur Zeit auf Deutsch, Englisch und Griechisch vor und ist gratis über unser Büro in Griechenland zu beziehen.

„Der kälteste Sommer“, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Athen, Ioanna Meitani

The coldest summer. Three refugees' stories – An extract

Comics by Dimitra Adamopoulou, Thanasis Petrou, Giorgios Tragakis
The Rosa-Luxemburg-Stiftung published a comic book to convey stories of flight in a new format.

A working mother, a working father and two children are struggling to survive. They leave their homeland because it has become too dangerous, abandoning the life they knew as it has become unbearable. They leave their families behind in the pursuit of a life where they can think beyond the next day or month and in which they will be able to plan a future in peace: to work, study and live among us with equal access to democracy, social rights and culture. The stories are based on autobiographical narratives of refugees we met in Athens and in Berlin. We chose



50

to turn them into comics in order to avoid drama while retaining narrative detail.

Fellow human beings in our societies

The protagonists are people who could be members of our family, our friends

or our neighbours. They are, beyond doubt, people who some day will be recognised as fellow human beings in our societies and in our spaces. Let us welcome them. In view of the sharp influx of the past several months, our new contribution to the public debate turns to real stories told by real people. The volume also includes a literary text and two short essays on migration. It is

published in English, Greek and German and is free of charge. For copies, please contact our Office in Greece.

„The coldest summer“ published by Rosa-Luxemburg-Stiftung Athens, Ioanna Meitani

Kontakt:
info.athens@rosalux.org
kontakt@rls-nds.de

لكل فرد الحق في أن يلجأ إلى بلاد أخرى أو يحاول الالتجاء إليها هرباً من الاضطهاد*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 2

Afghanistan

Mit Sicherheit nicht sicher

Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Am 1. Februar 2016 kündigte Bundesinnenminister de Maizière die Einleitung von Abschiebungen nach Afghanistan an. Trotz bereinigter Schutzquote von 78% in 2015 verstieg er sich zu dem Satz: „Die Chancen, erfolgreich in Deutschland zu bleiben, sind ganz gering.“ Dieser kruden Logik folgend schlossen im Oktober 2016 die EU und die afghanische Regierung ein Abkommen, das die Rücknahme von Afghan*innen sowie die Verhinderung von irregulärer Migration nach Europa sicherstellen soll.

Parallel zum Abschluss des Abkommens veröffentlichte das Auswärtige Amt (AA) einen Lagebericht. Der kam zu der erstaunlichen Erkenntnis, es gäbe Gebiete, die „trotz punktueller (!) Sicherheitsvorfälle vergleichsweise

Am 7.12.17, 19.00 Uhr, veranstalten Flüchtlingsrat und IIK e.V. im Ballhof-Café einen Infoabend zur aktuellen Sicherheitsituation in Afghanistan. Näheres finden Sie dazu auf S. 6/7.

stabil“ seien. Diese Einschätzung widersprach vollkommen den kritischen Lagebeschreibungen aller seriösen Menschenrechtsorganisationen und auch des UNHCR. Der stellte in seinem Bericht von Dezember 2016 ausdrücklich fest, „dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15 c der EU-Qualifikationsrichtlinie“ betroffen (ist)“.

Zynische Politik: Abschiebezahlen erhöhen – Menschenrechtsstandards senken

Die Regierung kontrolliert nur ca. die Hälfte des Landes. Mit über 11.400 Toten und Verletzten hat 2016 die Zahl ziviler Opfer den höchsten Stand seit Beginn der systematischen Zählung (2009) erreicht. Für Kinder war es das bisher tödlichste Jahr. Laut Bericht der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) sind Zivilisten ausdrücklich Ziel

von Anschlägen. Deren Opferzahl lag auch im ersten Halbjahr 2017 auf Vorjahresniveau. Zudem geht UNHCR von über 210.000 neu Vertriebenen für Januar bis Ende August 2017 aus. Trotzdem wurden allein im ersten Halbjahr 2017 72 Menschen aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben. Gleichzeitig wird offenbar politisch motiviert die Schutzquote bei afghanischen Asylantragsteller*innen gedrückt.

Der Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31. Mai führte dazu, dass zunächst nur noch Straftäter, „Gefährder“ sowie „Identitätstauscher“ abgeschoben werden. Eine neue Lagebeurteilung des AA von Ende Juli ließ zwar kaum den Schluss einer verbesserten Situation zu. Sie genügt jedoch dem Innenminister für die zynische Einschätzung, dass Abschiebungen nach Afghanistan „in begrenztem Rahmen“ verantwortbar seien. Tatsächlich verantwortbar wäre jedoch einzig ein Abschiebestopp.

Kontakt: nds@nds-fluerat.org

Wahlkampf 2017

Kein ‚Weiter so!‘ – ‚Empört euch!‘

Brunhild Müller-Reiß, Friedensbüro Hannover e.V.

Die Parteien – vor allem die „staatstragenden“ – haben versucht, sich im Wahlkampf durch verschiedene Themen hindurch zu schlängeln, damit sie Wähler*innen hier und dort gewinnen können. Der Stärkung der AfD konnten sie damit nicht entgegenreten. Angela Merkel sagte am 27.8.2017 auf der Bundespressekonferenz, die Willkommenshaltung gegenüber Flüchtlingen gelte noch immer, aber man müsse doch auch realistisch sein. Frei zitiert.

Dies kritisieren wir stark, weil wir fürchten, dass die verzweifelte Lage der Flüchtenden im ‚Weiter so‘ untergehen wird.

Pro Asyl weist in einer Protestmail auf das Handeln der EU hin und kristisiert ihre Grenzpolitik:

„Um Schutzsuchende an der Flucht übers Mittelmeer zu hindern, verrät die Europäische Union die Menschenrechte und kooperiert mit verbrecherischen Regimes. Aktuell wird die Zusammenarbeit mit Libyen intensiviert, die so genannte libysche Küstenwache – darunter befinden sich gewalttätige und unkontrollierbare Warlords – wird ausgebildet und aufgerüstet. Mittelmeer, die diese »Küstenwache« im Mittelmeer aufgreift, werden zurück in die libyschen Elendslager verschleppt. Laut einem Bericht des Auswärtigen Amtes sind in den Lagern »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste ... an der Tagesordnung«. Die Pläne der EU zur Flüchtlingsabwehr reichen noch weiter – inhaltlich

und geografisch. Neue Polizei- und Militärtruppen in den westafrikanischen Staaten Mali, Niger, Tschad, Mauretanien und Burkina Faso sollen Flüchtlinge auf ihrem Weg durch Afrika aufhalten. Deutschland und Frankreich wollen Waffen, Munition und Fahrzeuge liefern. Tausende Personen leben in den Flüchtlingslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen. Darunter leiden insbesondere die Frauen, die beispielsweise Gewalt ausgesetzt sind. PRO ASYL steht dabei klar für die Menschenrechte ein und fordert: „Keine Deals auf Kosten der Menschenrechte. Der Zugang zum individuellen Recht auf Asyl muss in Europa gelten. Verfolgte brauchen Schutz!“

Und wir? Die Bilder und Nachrichten vom Mittelmeer als ‚Totem Meer‘ und von Lagern, die wir uns in unserer Wohlstandswelt kaum vorstellen können, führen bisher zu keinem Aufschrei in unserer Gesellschaft! Nicht in Deutschland, nicht in den europäischen Staaten! Was muss passieren, damit die Menschen auf die Straße gehen? Oder besser gefragt: Wie können wir Viele werden?

Wir sollten kritisch hinterfragen, warum unsere Gesellschaft nur so wenig Solidarität gegenüber Geflüchteten zeigt und bei den vielen Toten im Mittelmeer schweigt. Liegt es an der Angst davor, dass wenn zu viele Menschen in das Land kommen, der eigene Wohlstand eingeschränkt wird? Neben vielen abstrakten Ängsten, welche aus Unsicherheiten, eigenen Verlustängsten

oder stereotypen Vorstellungen entstehen, fehlt es an einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den grundlegenden Themen. Woher stammt unser Wohlstand eigentlich? Und wie kann man den Wohlstandsschleier durchschneiden, damit wir endlich nicht mehr nur uns selbst wahrnehmen?

Wichtig wäre es zu schauen, inwieweit insbesondere die europäischen Staaten und die USA ihren Reichtum auf Kosten der ärmeren Staaten des globalen Südens erwirtschaftet haben. Schon lange leben wir auf Kosten derer, die wir kaum wahrnehmen und von denen einige jetzt an unsere Türen klopfen und abgewiesen werden. (z. B. Landgrabbing, Sojaanbau für ‚unsere‘ Masttierhaltung, Abholzen von Regenwäldern zur Gewinnung von Bauxit etc.) Wir müssen unsere Regierungen stark hinterfragen und uns solidarisieren.

Für uns bedeutet das: Keine Brotkrumen gegen ‚Torten‘ (beispielsweise die Gewinnung von Bodenschätzen oder Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im Süden), die wir uns aneignen! Keine verdorrten Landschaften aufgrund des Klimawandels im Süden, weil wir ständig mobil sein müssen. Wohlstandsmüll verhindern, den wir im Süden entsorgen! Und kein Export von Waffen in Kriegsgebiete durch europäische Exporteure.

Lasst uns etwas tun!

Kontakt: www.frieden-hannover.de
mueller-reiss@arcor.de



© Amnesty International, Sergio Ortiz Borbolla

Mexiko

Partnerland der Hannover Messe missachtet Menschenrechte

Hiltrud Koch, Amnesty International

Dynamische Wirtschaftsbeziehungen und gemeinsame Interessen verbinden: Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Mexikos in der EU, Mexiko das Ziel von hohen und weiter wachsenden deutschen Investitionen. Insbesondere die Automobil- und die Zuliefererindustrie sowie die Chemie- und Pharmabetriebe stehen dabei im Mittelpunkt.

Wegen der prinzipiell guten Beziehungen haben unsere Politiker*innen und Wirtschaftsvertreter*innen auf der Hannover-Messe 2018 gute Chancen auf Gehör, wenn sie die massiven Menschenrechtsprobleme Mexikos ansprechen.

Menschenrechtsverletzungen in Mexiko

Journalisten leben gefährlich in Mexiko, Meinungs- und Pressefreiheit sind nicht gesichert. Menschenrechtsverteidiger*innen gehen ein hohes Risiko ein, um universelle Rechte einzufordern. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlungen im öffentlichen Gewahrsam sind weit verbreitet. Rechte von Indigenen werden missachtet, es kommt zu Vertreibungen und Landkonflikten. Die bereits jetzt durch einen Zaun hoch gesicherte Grenze zu den USA drängt die Migration aus ganz Lateinamerika nicht zurück, sondern schafft unerträgliche Verhältnisse für die Verzweifelten. Die Menschenrechte stehen nur auf dem Papier, der mexikanische Staat ergreift keine wirksamen Maßnahmen, um sie durchzusetzen. Straflosigkeit schützt die Täter.

Beispiel: Verschwindenlassen von Menschen

Seit 2012 sind in Mexiko mehr als 30 000 Menschen gewaltsam „verschwinden“. Sie sind Opfer eines grausamen Verbrechens. Zwar haben Regierung und Parlament das internationale Abkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifiziert, aber der mexikanische Staat tut wenig, um diese Verbrechen aufzuklären, die Täter zu verfolgen und zu bestrafen. Polizei und Militär sind häufig daran beteiligt oder nehmen es billigend in Kauf. Die Aufklärungsrate liegt bei nur 1-2%, wegen Inkompetenz und dem fehlenden Willen der staatlichen Behörden, effiziente Ermittlungen durchzuführen.

Warum verschwinden in Mexiko Menschen gewaltsam?

Aus purem Zufall kann man Opfer krimineller Akte werden. Aber meist lassen sich handfeste Motive zum Ausschalten missliebiger Personen erkennen: Einschränkung von kritischem Journalismus, unabhängigen Gewerkschaften, Menschen aus Bürgerinitiativen.

Willkürliche, routinemäßige Verhaftungen durch die Polizei in Mexiko haben oft den Hintergrund, Menschen zu erpressen. Einen falschen Verdacht und fingierte Beweismittel nutzen Beamt*innen um zu zeigen, dass sie gegen Kriminalität vorgehen, oder um Personen für ihr menschenrechtliches Engagement zu bestrafen.

Menschenhandel und Sex bilden den Hintergrund für „verschwindene“ Frauen und Kinder. Frauenmorde und allgemein sexualisierte Gewalt gegen Frauen sind seit langem Verbrechen, die Amnesty International anprangert.

Ein fehleranfälliges Justizsystem, eine schlecht ausgebildete Polizei und weitreichende Straflosigkeit sind die Gründe dafür, dass es in Mexiko noch immer willkürliche Verhaftungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen gibt.

Der mexikanische Staat steht in der Verantwortung.

Amnesty international Hannover wird im Umfeld der Messe 2018 mit einer Ausstellung und mehreren Aktionen dafür sorgen, dass die gravierenden Menschenrechtsverletzungen nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Kontakt: info@amnesty-hannover.de

Ein langer Weg bis ins deutsche Grundgesetz

Die Rechte der Kinder

Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.

„Kinder werden nicht erst Menschen, sie sind bereits welche.“ Dieser Satz von Janusz Korczak nimmt vorweg, was die Internationale Kinderrechtskonvention beinhaltet: Kinder sind Träger eigener Menschenrechte und die gelten für alle Minderjährigen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status oder dem ihrer Eltern.

Am 04. September 1990 trat die Internationale Kinderrechtskonvention (KRK) in Kraft, die einen rechtsverbindlichen Charakter für alle Unterzeichner-Staaten hat. Die BRD ratifizierte die KRK 1992, allerdings mit einer Vorbehaltserklärung, durch die Flüchtlingskindern grundlegende Rechte vorenthalten wurden. Erst 2010 wurden diese Einschränkungen zurückgenommen.

Interesse an dem Thema? Veranstaltungstipp: Vortrag „Kinderrechtskonvention in Deutschland – Zeit für einen Realitätscheck“ und Ausstellungseröffnung „Unsichtbare Rechte sichtbar machen“ am 5.12.17 bei kargah e.V. Näheres im Veranstaltungsprogramm auf S. 6/7.

Weit entfernt!

Die Bundesrepublik ist aber nach wie vor weit entfernt von der Umsetzung der KRK für alle Kinder: sei es die vom Verfassungsgericht festgestellte diskriminierende Berechnung der Hartz-IV-Sätze, die ungleiche Verteilung von Bildungschancen oder die fehlenden Beteiligungsrechte. Die Verschärfungen des Asylrechts wirken sich auch auf die Rechte von Flüchtlingskindern aus, denen z.B. faktisch der Nachzug ihrer Eltern verwehrt wird, die jahrelang in für Kinder ungeeigneten Gemeinschaftsunterkünften leben müssen oder die trotz bester Integration in so genannte sichere Herkunftsländer abgeschoben werden.

Dringend nötig ist die vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes angemahnte Umsetzung des Art. 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in nationales Recht.

Warum Kinderrechte ins Grundgesetz gehören

„Kinder, deren Rechte geachtet werden und die ihre Rechte kennen, werden selbständige und starke Kinder.



Artikel 9 Recht auf Kontakt zu beiden Elternteilen

© Kinder- und Jugendbüro Marzahn-Hellersdorf, HVD im LV Berlin-Brandenburg

Sie entwickeln ihre Fähigkeiten und lernen, Verantwortung in unserem Gemeinwesen zu übernehmen.“, so Dr. Jürgen Heraeus, Vorsitzender von UNICEF Deutschland. Auch würde die Erfahrung, über eigenständige Rechte zu verfügen, ihre Bereitschaft stärken, die Rechte anderer zu achten.

Kinder engagieren sich in Umweltkampagnen, in Kinderparlamenten, unterstützen ihre Familien, lernen mit-

und voneinander, sind künstlerisch aktiv und kreativ. Sie sind auf dem neuesten Stand der digitalen und sozialen Medien, die ein großes Potential für politisches Engagement haben, aber auch mit Gefährdungen einhergehen.

Wenn wir wollen, dass die Generation, die unsere Zukunft in der Hand hat, selbstbewusst und verantwortungsbewusst heranwächst, dann müssen die Kinderrechte verfassungsrechtlich ver-

ankert werden.

In diesem Sinne arbeitet der Verein **Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.** seit 25 Jahren und nimmt dabei Bezug auf die Agenda des Namensgebers. Unterstützen Sie unsere politischen Forderungen und feiern Sie mit uns am 05.12.2017!

Kontakt: jkvhannover@gmx.de

Kinderrechte in Palästina

Ungewissheit – der tägliche Begleiter

Dagmar Lembeck, Palästina Initiative Region Hannover

Am 20. November 1989 verabschiedeten die Vereinten Nationen die UN-Kinderrechtskonvention; 140 der 196 UN-Mitgliedstaaten haben diese Konvention bisher unterzeichnet und ratifiziert. Sind damit die Rechte von Kindern in 140 Staaten dieser Erde gewährleistet? Die Realität zeigt: Weltweit werden die Kinderrechte eingeschränkt oder missachtet - auch in den reichen Staaten Westeuropas. Wie ist es um die Einhaltung der Kinderrechte in Palästina bestellt, wo bereits die dritte Generation unter der Besatzung aufwächst?

Es beginnt auf dem Schulweg

Für palästinensische Kinder beginnt die tägliche Ungewissheit bereits auf dem Weg zur Schule, denn er ist belastet durch unvorhersehbare Beeinträchtigungen wie zum Beispiel:

- langes Warten an Checkpoints
- Taschenkontrollen und Körperdurchsuchungen sowie
- willkürliche Machtdemonstrationen z.B. durch israelische Soldaten, die ihre Gewehre auf Schulkinder richten oder durch Siedler, die Kinder mit „Pöbeleien“ und Steinwerfen einschüchtern.

Zerstörte Schulgebäude

Am ersten Schultag nach den Sommerferien sahen die Grundschüler in Jub Al Dib, einem Ort in der C-Zone südöstlich von Bethlehem nur noch einen Trümmerhaufen, wo tags zuvor ihr Schulgebäude gestanden hatte. Wie B'Tselem berichtet, hatte die israelische Zivilverwaltung den Abriss des von der Kommune errichteten und von der EU finanzierten Schulgebäudes verfügt und in der Nacht zum 22. Aug. dieses Jahres umgesetzt. Insgesamt 55 palästinensische Schulen sind von dieser Maßnahme in der West-Bank bedroht, meist begründet mit fehlenden Baugenehmigungen, während umliegende israelische Siedlungen immer weiter wachsen.

Gewalterfahrungen im Schulalltag

Die Schule als sicherer Hort, in dem Schüler und Lehrer ungestört lernen und arbeiten können – auch das ist in Palästina nicht selbstverständlich. Das Gefühl der permanenten Unsicherheit begleitet die Kinder und LehrerInnen, denn „jederzeit könnte etwas passieren“, betont die Schulleiterin einer

Schule in der Hebroner Altstadt. Ohne Ankündigung kommt es immer wieder zu

- Verfügungen, den Unterricht sofort zu beenden oder die Schule zu schließen
- Verhaftungen von Schülern und Lehrern während des Unterrichts
- Erstürmungen der Schulen durch das Militär
- Knall- und Gasgranaten, die auf Schulhöfen landen.

© Foto von Wolfgang Sréter



Wie können sich Kinder in dieser Atmosphäre von Angst und Feindseligkeiten physisch und psychisch gesund entwickeln, in dem Gefühl der Anspannung lernen, zu selbstbewussten und weltoffenen Erwachsenen heranwachsen? Für das selbst von der Besatzung betroffene Lehrpersonal ist das eine besonders große Herausforderung.

Einen wichtigen Beitrag leisten Organisationen wie z.B. EAPPI und CPT,

unterstützt von UNICEF oder TIPH in Hebron. Sie begleiten und beobachten Schülergruppen und Lehrer*innen auf dem Schulweg und dokumentieren Vorfälle. Allein die Anwesenheit internationaler Beobachter schränkt Aktionen von Soldaten und Siedlern ein. Dadurch konnte auch die Zahl der Fehltag von Schülern gesenkt werden, denn manche Kinder erkranken durch die erlebte Bedrohung oder weigern sich zur Schule zu gehen.

Wie aber das Problem grundsätzlich lösen, sodass freiwillige Begleiter, internationale Beobachter und Hilfen nicht mehr nötig sind? Unter den Bedingungen von Krieg und Besatzung haben Menschen- und Kinderrechte kaum eine Chance gewahrt zu werden. Das aber ist eine wichtige Voraussetzung für ein friedvolleres Zusammenleben zukünftiger Generationen in Israel und Palästina.

TIPH - Temporary International Presence in Hebron
EAPPI - Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine
CPT - Christian Peacemaker Teams

Eine Langfassung des Artikels ist hier zu lesen: <http://palaestina-initiative.de/wp-content/uploads/2017/10/Ungewissheit-ein-t%C3%A4glicher-Begleiter.pdf>

Was tun, damit diese Kinder fröhlich bleiben und später selbstbewusst eine friedliche Gesellschaft aufbauen können?

Kontakt: info@palaestina-initiative.de

Herkes toplumda sunulan kültürel faaliyetlere katılma hakkına sahiptir!*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 2

Veranstaltungsreihe 13. November bis 20. Dezember

Menschenrechte grenzenlos! Bedingungslos und überall?

In einer großen und vielfältigen Veranstaltungsreihe werden wir an unterschiedlichen Orten in über 20 Veranstaltungen in ganz Hannover verschiedene Menschenrechtsthemen kritisch und auch künstlerisch diskutieren.

Alle Veranstaltungen ohne Preisangabe sind kostenlos | Bildrechte können bei den Bündnis koordinatoren eingesehen werden.

November

13.11. - 25.12.

Ausstellung „Philosophie zwischen Schwarz und Weiß“

Eine Ausstellung von der Fachhochschule für interkulturelle Theologie in Hermannsburg u. dem Afrikanischen Dachverband Norddeutschland e.V. **Ausstellung „Asyl ist Menschenrecht“**

Eine Ausstellung von PRO ASYL e.V. **Beide: Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92**

Mi, 15.11. | 18.30 Uhr

Ich komme auf Deutschland zu! Lesung mit Firas Alshater

Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V. (IIK e.V.), Hometown e.V. u. Faust e.V.

Eintritt: 4 €

Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3

Mo, 20.11. | 19.00 Uhr

Menschen(rechte) über Bord? - Diskussion zur Situation von Geflüchteten in Libyen und auf dem Mittelmeer

Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V. (IIK e.V.), Faust e.V. u. Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3

Di, 21.11. | 19.00 Uhr

Die koptischen Gemeinden in Ägypten in ihrem muslimischen Umfeld.

Fluchtursachen und Möglichkeiten ziviler Konfliktlösungen - Vortrag und Diskussion

Friedensbüro Hannover, Deutsche Friedensgesellschaft - VK Nds.-Bremen u. Apostelgemeinde Gemeindehaus Apostelgemeinde, Gretchenstr. 55

Mi, 22.11. - Do, 30.11.

Kinder-Ausstellung: „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ mit Workshops

Freizeithaus Linden, Amnesty International, Hannover

Freizeithaus Linden, Windheimstr. 4

Termine Workshops: Mi, 22.11., 29.11., Do, 23.11. u. 30.11.17, jeweils 9:00 - 12:00 Uhr

Teilnahmekosten: 4,00 €

Kinder mit Aktivpass kostenfrei

Anmeldung bei:

Bettina.Kahle@hannover-stadt.de

Mo, 27.11. | 09.30 - 14.00 Uhr

Weibliche Genitalverstümmelung

Veranstaltung Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen SUANA/kargah e.V., AG-Migrantinnen (HAIP) u. dem Referat für Frauen u. Gleichstellung der Landeshauptstadt Hannover sowie dem Gleichstellungsteam der Region Hannover,

Haus der Region, Hildesheimer Str. 18

Mo, 27.11. | 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion zur Ausstellung „Philosophie zwischen Schwarz und Weiß“

Zur Aktualität der philosophischen Schriften Dr. Anton Wilhelm Amos Freizeithaus Vahrenwald, Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e.V.

Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

Do, 30.11. | 18.00 Uhr

Los Invisibles – Unsichtbarkeit von Menschen ohne Papiere in Deutschland

Ausstellungseröffnung mit Lesung und Vortrag

kargah e.V., Medinetz e.V., Kulturzentrum Pavillon

Foyer des Kulturzentrums Pavillon, Lister Meile 4

Ausstellung vom 30.11. - 02.12.



Do, 30.11. | 19.00 Uhr

World-Café zur Menschenrechtssituation

MigrantInnenSelbstOrganisationen (MiSO)-Netzwerk Hannover e.V.

kargah-Haus, Zur Bettfedernfabrik 1

Dezember

Sa, 02.12. | 11.00- 12.30 Uhr und

15.00- 16.30 Uhr

Menschen. Rechte. Vermitteln.

Workshops zu Strategien u. Stolpersteinen bei der Vermittlung von Menschenrechten im Migrationskontext G mit Niedersachsen (VNB e.V.)

G mit Niedersachsen Projektbüro, Am Marstall 15

Anmeldung bei:

g-mit-niedersachsen@vnb.de

Sa, 02.12. | 11.00 Uhr

ARLETTE – Mut ist ein Muskel (OmU)

Film u. Gespräch mit Regisseur Florian Hoffmann

Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- u. Meinungsfreiheit, Filmkunstkinos Hannover

Eintritt: 9 €

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

So, 03.12. | 11.00 Uhr

Cahier Africain (OmU)

Film u. Gespräch mit Regisseur Florian Hoffmann

Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- u. Meinungsfreiheit, Filmkunstkinos Hannover

Eintritt: 9 €

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

Mo, 04.12. - Fr, 08.12.

Ausstellung „Sehen Lernen – Ich sehe mich durch dich“

VHS Hannover, Johanniter Unfallhilfe e.V., Cameo Kollektiv e.V.

Fr, 17.11., 19:00 Uhr

Menschenrechte grenzenlos! - Bedingungslos und überall?

Eröffnungsveranstaltung des Bündnisses zum Tag der Menschenrechte

Dieses Jahr werden wir insbesondere die Menschenrechtssituation in Europa und Deutschland kritisch betrachten und mit Ihnen darüber in Austausch kommen.

„Menschenrechte in Zeiten des Terrors: Auf dem Weg in den autoritären Sicherheitsstaat?“

Vortrag von Dr. Rolf Gössner mit anschließender Diskussion (Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte). Rolf Gössner geht in seinem Vortrag darauf ein, wie die



Bürgerrechte in Zeiten des Terrors in Deutschland immer weiter eingeschränkt werden.

„Human Act - Tanztheater zum Thema Menschenrechte“ vom Jugendtheater GET2gether von IKJA e.V.

Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4



Ada- und-Theodor-Lessing-Volkshochschule, Burgstraße 14

Täglich geöffnet 10.00 - 18.00 Uhr

Mo, 04.12. | 18.00 Uhr

Sterben für das Paradies

Erlebnisse eines Rettungseinsatzes - Vortrag

Evangelisches Flüchtlingsnetzwerk Hannover, Garbsen Seelze

Diakonisches Werk Hannover, Burgstraße 10



Di, 05.12. | 18.00 Uhr

Vortrag „Kinderrechtskonvention in Deutschland – Zeit für einen Realitätscheck“ und Ausstellungseröffnung „Unsichtbare Rechte sichtbar machen“

Posterausstellung aus dem Projekt „Invisible Rights“ von kargah e.V., Collageausstellung „Hingucker“ vom Kinder- & Jugendbeteiligungsbüro-

Marzahn-Hellersdorf (Humanistischer Verband Deutschlands)

Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. (JKV), kargah e.V.

kargah-Haus, Zur Bettfedernfabrik 1

Mi, 06.12. | 18.30 Uhr

Sonita (OmU)

Film mit Einführung zum Thema Zwangsheirat von Irmak Kamali (SUA-NA/ kargah e.V.)

kargah e.V., Filmkunstkinos Hannover

Eintritt: 8 € / 9 €

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

Weitere Vorstellungen:

Sa, 09.12. + So 10.12., 12.00 Uhr

Do, 07.12. | 19.00 Uhr

Herkunftsland Afghanistan

Fluchtursachen, Asylverfahren und die Situation afghanischer Geflüchteter in Deutschland - Vortrag

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., IIK e.V.

Ballhof-Café, Knochenhauer Str. 28

So, 10.12. | 19.00 Uhr

War es das mit der Pressefreiheit?

Zur Lage des Journalismus 2017 Vortrag von Christian Mihr, Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“

Amnesty International, Haus der Religionen

Haus der Religionen, Böhmerstr. 8

Mi, 13.12. | 18.30 Uhr

Pre-Crime - Film

kargah e.V., Filmkunstkinos Hannover

Eintritt: 8 € / 9 €

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

Weitere Vorstellungen:

Sa, 16.12. + So, 17.12., 12.00 Uhr

Mi, 13.12. | 19.00 Uhr

Wenn Diplomatie scheitert

Strategien der Konfliktbearbeitung aus der Zivilgesellschaft Israels und Palästinas - Vortrag von Christoph Dinkelaker

Palästina Initiative Region Hannover, Freizeithaus Vahrenwald

Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

Mi, 20.12. | 18.30 Uhr

Als Paul über das Meer kam

Film u. Gespräch mit Regisseur Jakob Preuss

Hometown e.V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., Filmkunstkinos Hannover

Eintritt: 8 € / 9 €

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

Weitere Vorstellungen:

Sa, 23.12., 12:00 Uhr

Series of events - Nov 13th to Dec 20th

Human Rights without borders! Unconditional and everywhere?

All events without indication of price are for free

November

Mon, 11/13 - Fri, 12/15

Exhibition „Philosophy between Black and White“

An exhibition by the Fachhochschule für interkulturelle Theologie in Hermannsburg and the Afrikanischen Dachverband Norddeutschland e.V.

Exhibit „Asylum is a human right“

An exhibit by PRO ASYL e.V.

Location: Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

Open: Mon - Fri 8:00 am - 10:00 pm weekends 10:00 am - 6:00 pm

Wed, 11/15, 6:30 pm

„I'm approaching Germany!“ a lecture by Firas Alshater

Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V. (IIK e.V.), Hometown e.V. and Faust e.V.

Entrance fee: 4 €

Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3

Fr, 11/17, 7:00 pm

Human Rights without borders! Unconditional and everywhere?

Opening event of the Bündnis zum Tag der Menschenrechte

This year, we will take a critical look at human rights especially in Europe and Germany and discuss the issues with the audience.

Human rights in times of terror: on the road to an authoritarian Security State?

Presentation by Dr. Rolf Gössner (lawyer, member of the board of directors of the Internationale Liga für Menschenrechte), followed by a discussion.

Human Act - dance theatre on human rights - Youth theatre GET2gether of IKJA e.V., Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4

Mon, 11/20, 7:00 pm

Human rights over board?

Discussion on the situation of refugees in Libya and on the Mediterranean Sea

Initiative für Internationalen Kultur-austausch e.V. (IKK e.V.), Faust e.V. and Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Location: Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3



Tue, 11/21, 7:00 pm

The coptic congregation in Egypt in its muslim environment

Presentation and discussion
Friedensbüro Hannover, Deutsche Friedensgesellschaft - VK Nds.-Bremen and Apostelgemeinde
Location: Parish hall of the Apostel-gemeinde, Gretchenstr. 55

Wed, 11/22 - Thu, 11/30

Kids' Exhibition: "Universal Declaration of Human Rights" with workshops for children

Freizeitheim Linden, Amnesty International, Hannover
Dates of the workshops: Wed, 11/22 and 11/29 and Thu, 11/23 and 11/30, 9:00 am - 12:00 noon
Fees: 4,00 €, free of charge for children with Aktivpass
Location: Freizeitheim Linden, Windheimstr.4

Mon, 11/27, 9:30 am - 2:00 pm

Female genital mutilation - Event for the International Day against

Violence against Women

SUANA/kargah e.V., AG-Migrantinnen (HAIP) and the Referat für Frauen und Gleichstellung of the Landeshauptstadt Hannover as well as the Gleichstellungsteam of the Region Hannover
Location: Haus der Region, Hildesheimer Straße 18

Mon, 11/27, 7:00 pm

Round table discussion as part of the exhibition „Philosophy between Black and White“

Freizeitheim Vahrenwald, Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e.V.
Location: Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

Thu, 11/30, 7:00 pm

World-Café on the situation of human rights

MigrantInnenSelbstOrganisationen (MiSO)-Netzwerk Hannover e.V.
Location: kargah-Haus
Zur Bettfedernfabrik 1



Thu, 11/30, 6:00 pm

Exhibition opening November with a reading and presentation „Los Invisibles - Invisibility of undocumented people in Germany“

kargah e.V., Medinetz e.V., Kulturzentrum Pavillon
Location: Entrance hall of the Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4
Exhibition: 11/30 - 12/02

December

Sat, 12/02, 11:00 am - 12:30 am and 3:00 pm - 4:30 pm

Human. Rights. Education. - Workshops for strategies and stumbling blocks for Human Rights education in the context of migration

G mit Niedersachsen (VNB e.V.)
Location: G mit Niedersachsen, Projekt office am Marstall 15
Please register at: g-mit-niedersachsen@vnb.de

Sat, 12/02, 11:00 am

ARLETTE - Mut ist ein Muskel (Courage is a Muscle)

Film and conversation with the director Florian Hoffmann
Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- und Meinungsfreiheit, Filmkunstkinos Hannover
Entrance fee: 9 €
Location: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

Sun, 12/03, 11:00 pm

Cahier Africain (OmU)

Film and conversation with director Heidi Specogna
Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- und Meinungsfreiheit, Filmkunstkinos Hannover
Entrance fee: 9 €
Location: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Further screenings: 11/29, 6:30 pm

Mon, 12/4, 6:00 pm

Dying for Paradise: experiences of a rescue mission - Presentation

Evangelisches Flüchtlingsnetzwerk Hannover, Garbsen Seelze
Location: Hall at the Diakonisches Werk Hannover, Burgstraße 10

Tue, 12/05, 6:00 pm

Presentation "Convention on the Rights of the Child in Germany - time for a reality check" and Opening of the exhibition „Making Invisible Rights Visible“

Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e.V. (JKV), kargah e.V.
Poster exhibit from the project „Invisible Rights“ by kargah e.V.
Exhibit of collages „Hingucker- Eyecatcher“ by the Kinder- & Jugendbeteiligungsbüro Marzahn-Hellersdorf (Humanistischer Verband Deutschlands)
Location: kargah-Haus, Zur Bettfedernfabrik 1

Wed, 12/6, 6:30 pm

Sonita (OmU)

Film with Introduction to the topic of Forced Marriage by Irmak Kamali (SUANA/ kargah e.V.)
kargah e.V., Filmkunstkinos Hannover
Entrance fee: 8 € / 9 €
Location: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Further screenings: Sat, 12/9 + Sun 12/10, 12:00 noon



Thu, 12/07, 7:00 pm

Country of Origin Afghanistan

Causes for Flight, Asylum Procedures and the Situation of Afghan Refugees in Germany
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., IKK e.V.
Location: Ballhof-Café, Knochenhauer Straße 28

Sun, 12/10, 7:00 pm

The end of the road for Freedom of the Press? - The Situation of Journalism 2017

Presentation by Christian Mihr, Director of „Reporter ohne Grenzen“
Amnesty International, Haus der Religionen
Location: Haus der Religionen, Böhmerstraße 8

Wed, 12/13, 6:30 pm

Pre-Crime (OmU) - Film

kargah e.V., Filmkunstkinos Hannover
Entrance fee: 8 € / 9 €
Location: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Further screenings: Sat, 12/16 + Sun, 12/17, 12:00 noon

Wed, 12/13, 7:00 pm

When diplomacy fails - Strategies for conflict transformation of the Israel and Palestinian civil societies

Presentation by Christoph Dinkela-ker
Palästina Initiative Region Hannover, Freizeitheim Vahrenwald
Location: Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

Wed, 12/20, 7:30 pm

Als Paul über das Meer kam (When Paul came across the sea)

Film and conversation with Director Jakob Preuss
Hometown e.V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., Filmkunstkinos Hannover
Entrance fee: 8 € / 9 €
Location: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Further screenings: Sat, 12/23, 12:00 noon

Moaided duwam: الجمعة، 01.12. الساعة 13 - 18 والسبت، 02.12. الساعة 10-16 ديسمبر

السبت، 02.12. الساعة 11:00-12:30 والساعة 15:00-16:30

„توسيط حقوق الانسان.“ ورشات عمل لتوسيط حقوق الانسان في سياق الهجرة
G mit Niedersachsen (VNB e.V.)

العنوان:
G mit Niedersachsen, Projektbüro am Marstall 15
يجب التسجيل عن طريق:
g-mit-niedersachsen@vnb.de

السبت، 2.12.، الساعة 11:00، الدخول € 9
„أرليتة“ فلم وحوار مع المخرج Florian Hoffmann
Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- und Meinungsfreiheit und Filmkunstkinos Hannover

العنوان:
Kino am Raschplatz, Raschplatz 5

الأحد، 03.12.، الساعة 11:00، € 9
„ Cahier Africain الأصلي مع الترجمة في الأسفل“ فلم وحوار مع المخرجة Heidi Specogna
Amnesty International e.V., Gruppe für Presse- und Meinungsfreiheit und Filmkunstkinos Hannover

العنوان:
Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
عرض آخر: الأربعاء، 29.11.، الساعة 18.30

حقوق الانسان بلا حدود!

سلسلة من الفعاليات 2017

من قبل الاتحاد بمناسبة اليوم العالمي لحقوق الانسان 13 نوفمبر وحتى 20 ديسمبر

النشاطات الغير مسعرة مجانية

العنوان:

Kultur. Pavillon, Lister Meile 4

الاثنين، 20.11.، الساعة 19:00،

„حقوق الانسان على المتن؟“ نقاش حول وضع

اللاجئين في ليبيا وفي البحر المتوسط

IIK e.V., Faust e.V. und Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

العنوان:

Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3

الثلاثاء، 21.11.، الساعة 19:00،

„المجتمعات القبطية في مصر في محيطهم الاسلامي.“

Friedensbüro Hannover, Deutsche Friedensgesellschaft - VK Nds.-Bremen und Apostelgemeinde

العنوان:

Gemeindehaus der Apostelgemeinde, Gretchenstr. 55

الأربعاء، 22.11. - الخميس، 30.11.

„معرض-أطفال: البيان العام العالمي لحقوق

الانسان“ مع ورشة عمل لأجل الأطفال

العنوان:

Freizeitheim Linden, Windheimstr.4

مواعيد ورشات العمل: الأربعاء، 22.11.

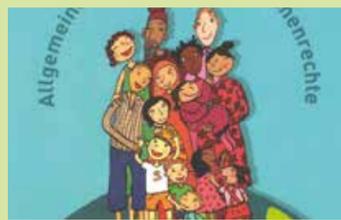
و29.11. والخميس، 23.11. و30.11. وكل

مزة في الساعة 9:00 - 12:00

تكاليف الانضمام: € 4,00

التسجيل:

Bettina.Kahle@hannover-stadt.de



الاثنين، 27.11.، الساعة 14:00-9:30،

„تشويه الأعضاء التناسلية للإناث“ فعالية لليوم

العالمي لمكافحة العنف الممارس على النساء

العنوان:

Haus der Region, Hildesheimer Str. 18

الاثنين، 27.11.17.، الساعة 19:00،

نقاش على المنصة حول معرض "الفلسفة بين

ديسمبر

الخميس، 30.11. - 2.12.،

„الكثير الخفي - لامرئية الناس الذين بلا أوراق“

افتتاح المعرض، في 30.11.، الساعة 18:00 مع

قراءة ومحاضرة

kargah e.V., Medinetz e.V. und Kulturzentrum Pavillon

العنوان:

Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4

نوفمبر

الاثنين 13.11.-الجمعة 15.12.

معرض "الفلسفة بين الأسود والأبيض- المتفقون الأفريقيون في ألمانيا"

معرض "اللجوء حق انساني"

العنوان:

Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92



الأربعاء 15.11.، الساعة 18:30، الدخول: € 4

„أتقدم إلى ألمانيا!“ أمسية مع Firas Al-

hater

IIK e.V., Hometown e.V. und Faust e.V.

العنوان:

Faust Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3

الجمعة، 17.11.، الساعة 19:00،

„حقوق الانسان بلا حدود!“

فعالية الافتتاح للاتحاد الذي تشكل بمناسبة

اليوم العالمي لحقوق الانسان

Herkes xwedî mafê jiyân, azadî û ewleyiya şexsê xwe ye*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 2

<p>Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92</p> <p>العنوان: kargah e.V., Filmkunstkinos Hannover</p> <p>عروض أخرى: السبت، 16.12. + الأحد، 17.12.</p> <p>الساعة 12:00</p> <p>الأربعاء، 20.12.، الساعة 18:30، الدخول: € 8/9</p> <p>«حينما جاء باول عبر البحر» فلم وحوار مع المخرج Jakob Preuss Hometown e.V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds. und Filmkunstkinos Hannover</p> <p>العنوان: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5</p> <p>عروض أخرى: السبت، 23.12.، الساعة 12:00</p> 	 <p>العنوان: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5</p> <p>عروض أخرى: السبت، 9.12. + الأحد، 10.12.</p> <p>الساعة 12:00</p> <p>«سونيتا(الأصلي مع الترجمة في الأسفل)» فلم</p> <p>العنوان: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5</p> <p>عروض أخرى: السبت، 9.12. + الأحد، 10.12.</p> <p>الساعة 12:00</p> <p>العنوان: Ballhof-Café, Knochenhauer Straße 28</p>	<p>الأربعاء، 6.12.17، الساعة 18:30، الدخول € 8/9</p> <p>العنوان: Saal im Diakonischen Werk Hannover, Burgstraße 10</p>  <p>العنوان: Saal im Diakonischen Werk Hannover, Burgstraße 10</p> <p>الأربعاء، 6.12.17، الساعة 18:30، الدخول € 8/9</p> <p>العنوان: Kino am Raschplatz, Raschplatz 5</p> <p>عروض أخرى: السبت، 9.12. + الأحد، 10.12.</p> <p>الساعة 12:00</p> <p>العنوان: Ballhof-Café, Knochenhauer Straße 28</p> <p>الثلاثاء، 05.12.، الساعة 18:00</p> <p>محاضرة: «اتفاقية حقوق الطفل في ألمانيا - وقت التحقق من الواقع» وافتتاح معرض</p>
---	--	--

Aktueller Stand der internationalen Frauenrechte am Beispiel Russlands

Frauenrechte 2017

Argi Nepienlidou, SUANA/ kargah e.V.

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, kurz UN-Frauenrechtskonvention (Englisch: CEDAW), beinhaltet Standards, die zur Bekämpfung von Frauendiskriminierung dienen sollen. Bisher haben 189 Staaten das Übereinkommen ratifiziert. Allerdings sind nicht in allen Ländern, in denen die Ratifizierung erfolgt ist, Fortschritte wahrzunehmen, wie zum Beispiel

in Russland (WELT/ZEIT Online 01/2017). Das Unterhaus der Föderationsversammlung von Russland, das Duma-Parlament, hat Anfang dieses Jahres einen Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher familiäre Gewalt nicht mehr als eine Straftat, sondern als eine Ordnungswidrigkeit einordnen soll. Die Mehrheit der Abgeordneten hat für das Gesetz gestimmt, welches Präsident Wladimir Putin einen Monat

später unterzeichnet hat. Die bisherige Haftstrafe von bis zu zwei Jahren wird künftig auf eine Geldstrafe oder gemeinnützige Arbeit reduziert. Die Strafe soll erst dann höher ausfallen, wenn Verletzungen zum Krankenhausaufenthalt führen oder ein Gewaltverfall mehr als einmal im Jahr vorkommt. Die Abgeordnete und Vorsitzende des Familienausschusses Jelena Misulina, so die ZEIT Online (01/2017), befürwortet die Gesetzesänderung mit der Begründung, Gewalt gehöre zur russischen Familientradition und sei ein angemessenes Mittel zur Erziehung.

Das sind hochgerechnet um die 13.000 Frauen im Jahr. Nicht der Schutz der Frauen steht hier im Mittelpunkt, sondern die Sorge, dass sich ein Strafverfahren negativ für die Täter in Bereichen wie der Arbeit oder des Umgangsrechts nach der Scheidung auswirkt. Bisher war der Anlauf von gewaltbetroffenen Frauen bei der Polizei nicht groß – durch die Gesetzesänderung werden umso weniger Frauen den Mut aufbringen, sich zu öffnen und Hilfe zu holen. Viele Feministinnen und Aktivistinnen gingen auf die Straßen und zeigten Widerstand, jedoch ohne erhebliche Beachtung der Öffentlichkeit. Darum ist es von großer Bedeutung, dass sich Frauen international solidarisieren und ein Zeichen des Widerstands setzen.

Auch das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt von 2011, kurz Istanbulkonvention, ist von Russland weder ratifiziert noch unterzeichnet worden. Die Ratifizierung in Deutschland erfolgte im Juni diesen Jahres, womit sich die Bundesrepublik verstärkt dazu verpflichtet, den betroffenen Frauen das Recht auf Gewaltfreiheit sowie genug Schutzmöglichkeiten zu gewährleisten und diese zu erweitern.

Kontakt: suana@kargah.de

Frauen. Raus aus der Gewalt.

Offene Frauenhaus-Beratung im Pavillon Hannover 2018



© Grafik von Minou Vocht

Das Frauenhaus Hannover ist ein Schutzort für Frauen und ihre Kinder, wenn sie von körperlicher, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen und in ihrem Zuhause nicht mehr sicher sind. In unserer Beratung informieren wir Sie über Ihre Rechte und darüber, wie Sie sich und Ihre Kinder schützen können. Wir besprechen gemeinsam, welche Hilfen es gibt und wie Sie andere gewaltbetroffene Frauen unterstützen können.

Termine 2018

Mittwoch von 15 bis 17 Uhr
10.01., 07.02., 07.03., 04.04., 09.05., 06.06., 08.08., 05.09., 10.10., 14.11. und 05.12.

Adresse:
Kulturzentrum Pavillon
Lister Meile 4
30161 Hannover

Infos nur über das Frauenhaus:
Frauenhaus Hannover
Frauen helfen Frauen e.V.
Postfach 2005, 30020 Hannover
Tel. (0511) 66 44 77

Wir sprechen :
arabisch / عربي | englisch / english | persisch/farsi / فارسی | polnisch / polsko | russisch / русский | spanisch / español

Kontakt:
info@frauenhaus-hannover.org



Wir schweigen über das, was Sie berichten. Wir freuen uns, wenn Sie von Übersetzer*innen, Assistenzen, Gebärdensprachdolmetscher*innen oder anderen Unterstützer*innen, Helfer*innen und Freund*innen begleitet werden. Sie können natürlich auch mit mehreren Frauen kommen. Muttersprachliche Beratung bieten wir grundsätzlich in Deutsch an; nach Absprache in Arabisch, Farsi/Persisch, Polnisch und Russisch sowie fremdsprachlich in Englisch. In diesen Fällen vereinbaren Sie dazu bitte einen Termin mit dem Frauenhaus. Ansonsten benötigen Sie keinen Termin für unsere offene Beratung.



© SUANA/kargah e.V.

Weibliche Genitalverstümmelung

Ein lebenslanges Leiden

Régine Aniamboussou, SUANA/kargah e.V.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert weibliche Genitalverstümmelung (englisch: female genital mutilation- kurz: FGM) als alle Eingriffe, bei denen die äußeren weiblichen Genitalien teilweise oder komplett entfernt werden, oder bei denen den weiblichen Genitalien aus nicht-medizinischen Gründen andere Verletzungen zugefügt werden. Schätzungen der WHO zufolge sind mindestens 200 Millionen Frauen und Mädchen weltweit von FGM betroffen. Jedes Jahr sind ca. drei Millionen Mädchen und Frauen davon bedroht, 8.000 Mädchen pro Tag und eins alle 11 Sekunden (UNICEF). Das Alter, in dem FGM durchgeführt wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, dazu zählen Nationalität, ethnische Gruppe, das sozioökonomische Milieu sowie die ländliche oder die städtische Herkunft der praktizierenden Community. So kann FGM entweder kurz nach der Geburt, im Kindesalter, in der Pubertät oder kurz vor der Hochzeit, während der Schwangerschaft oder nach der Entbindung durchgeführt werden. Generell sind Mädchen im Alter von 4 bis 12 Jahren besonders betroffen.

Gravierende Menschenrechtsverletzung

Lange Zeit wurde angenommen, dass FGM auf Subsahara-Afrika und Ägypten beschränkt ist. Inzwischen weiß man, dass auch in Südostasien und im Mittleren Osten sowie in Zentral-, Süd- und Nordamerika, auch in Australien Frauen und Mädchen genitalverstümmelt werden. Infolge von Zuwanderung aus von FGM betroffenen Ländern hat die Praxis wieder Einzug nach



© Nessrin Ahmo

Europa gefunden. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung, die Frauen und Mädchen das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit sowie gewaltfreies Leben abspricht. Sie stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung der Frau und eine (Kindes-) misshandlung dar.

Weibliche Genitalverstümmelung ist auf keine Religion zurückzuführen. Christen, Animisten, Muslime und Juden praktizieren FGM. Es handelt sich um eine jahrtausendalte Praktik, die in unterschiedlichen Gesellschaften tief verankert ist. Sie hat sich zu einer sozialen Norm entwickelt, die durch eine Kombination aus Belohnungen,

sozialer Anerkennung und Sanktionen aufrechterhalten wird. Die Folgen der Ablehnung dieser sozialen Konvention sind Stigmatisierung, Hohn und Ausschluss für das/die nicht beschnittenen Mädchen/Frau. Die Gründe für FGM sind vielfältig und variieren von einer Gesellschaft zu einer anderen. Die am häufigsten genannten Erklärungen für weibliche Genitalverstümmelung sind u. a.: Religion, Initiierungsritual, Heiratsfähigkeit, Sauberkeit, Hygiene, Verbesserung der Empfängnisfähigkeit, größeres sexuelles Vergnügen für den Mann, Reinheit sowie die Kontrolle über die Sexualität der Frau. Der Ritus wird von sozial hoch angesehenen Beschneiderinnen, zumeist älteren Frauen durchgeführt, die in der

Regel über keine Kenntnisse der weiblichen Anatomie verfügen. Sie verwenden hierfür einen scharfen Gegenstand wie ein Messer, eine Rasierklinge oder eine Glasscherbe. Der Eingriff findet oft unter unhygienischen Bedingungen statt, z. B. im Freien, im Haus der Eltern des Mädchens ohne Anwendung von Teil- oder Vollnarkose. Inzwischen ist in manchen Ländern die Tendenz zur Medikalisierung weiblicher Genitalverstümmelung zu beobachten: FGM wird von Ärzt*innen und Pflegepersonal durchgeführt.

Physische und psychische Folgen

FGM hat gravierende physische und psychische Folgen für die Gesundheit der Betroffenen. Dazu zählen schwere Schmerzen und Blutungen, Schock, Infektionen, psychologische Traumata, Harnverhaltung, Komplikationen bei der Geburtshilfe, Menstruationsbeschwerden, Harnwegprobleme, Nachlassen der Libido.

Auch in Deutschland sind Frauen und Mädchen von FGM betroffen oder dem Risiko der Verstümmelung ausgesetzt. Die Zahl der von FGM Betroffenen wird auf ca. 50.000 und die der bedrohten Mädchen auf 1558 bis 5684 geschätzt (Eine empirische Studie zu weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland, 2017). Dass dieses Ritual auch hierzulande praktiziert wird, ist nicht erwiesen. Die Verstümmelung wird meistens während eines Heimaturlaubs und manchmal im europäischen Ausland vorgenommen. Die Flucht- und Migrationsbewegungen in jüngsten Zeiten bedingen die verstärkte Aufnahme von Frauen aus Ländern mit einer hohen Prävalenz an FGM. Der empirischen Studie zu weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland zufolge ist der Anteil dieser Migrantinnen-Gruppe in Deutschland von Ende 2014 bis Mitte 2016 um 40 Prozent gestiegen. Demnach soll die Zahl der Betroffenen insgesamt um knapp 30 Prozent gestiegen sein.

Was wird dagegen getan?

Seit dem 28.09.2013 steht die weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand gem. § 226a StGB unter Strafe. Um die sog. „Ferienbeschneidungen“ im Ausland zu erschweren, beschloss die Bundesregierung im Dezember 2016 eine Änderung des Passgesetzes. Wer mit Mädchen oder Frauen ins Ausland reisen will, um dort eine Genitalverstümmelung vornehmen zu lassen, dem droht der Entzug des Passes. Dies stellt eine wichtige flankierende Maßnahme für die Verfolgung der im Ausland durchgeführten FGM dar. Das Anfang Juli 2017 von dem Bundesrat ratifizierte Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häusliche Gewalt (sog. Istanbul-Konvention) ist ein wichtiger Meilenstein für den Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechterspezifischer Gewalt. Mit dem Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet sich Deutschland, künftig alles zu unternehmen, um Frauen vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, Prävention von Gewalt voranzutreiben, zum Ende der Diskriminierung von Frauen beizutragen, eine tatsächliche Geschlechtergleichstellung zu fördern, ein umfangreiches Unterstützungs- und Hilfesystem zu schaffen sowie die Bestrafung der Täter zu sichern. Die Implementierung der Istanbul-Konvention stellt eine Chance für die schnelle Überwindung von genderspezifischer Gewalt im Allgemeinen und insbesondere von FGM dar.

Kontakt: suana@kargah.de

Informationen zur Fachtagung zum Thema Genitalverstümmelung am 27.11.2017 finden Sie im Veranstaltungsprogramm auf S. 6/7.

Häusliche Gewalt... BISS Beratungs- und Interventionsstelle | BISS-Koordinierung

...umfasst alle Formen der körperlichen, psychischen und sexuellen Gewalt zwischen Menschen, die in nahen Beziehungen stehen oder standen.

...bezeichnet Verletzungen des Körpers, der Seele und der Gesundheit sowie Freiheitsberaubung.

...bezeichnet die Drohung, solche Verletzungen zuzufügen sowie alle Formen der Belästigung und Nachstellung (Stalking).

Ohne Gewalt leben –
Sie haben ein Recht darauf!



Wir informieren über Hilfe und Unterstützung nach dem Gewaltschutzgesetz.

- Wir bieten kostenfreie telefonische Erstberatung und Krisenintervention nach Gewalt in der Familie.
- Wir koordinieren weitergehende Hilfe und Beratung im Netzwerk HANNOVERSCHES INTERVENTIONSPROGRAMM HAIP gegen häusliche Gewalt.
- Wir sind Ansprechpartnerinnen für alle Fragen zu häuslicher Gewalt in privaten, nachbarschaftlichen und beruflichen Zusammenhängen.

Schutz, Unterstützung und Beratung bei akuter häuslicher Gewalt im Frauen- und Kinderschutzhause

Telefon | 0511 69 86 46

Polizei-Notruf Telefon | 110
Feuerwehr Telefon | 112



Beratungs- und Interventionsstelle
in der Landeshauptstadt Hannover
BISS-Koordinierung

Beratungs- und Interventionsstelle | BISS-Koordinierung

Telefon | 0511 3 94 54 61 Sie erreichen uns:
Telefax | 0511 6 96 32 20 Mo - Fr von 9.00 - 15.00 Uhr
E-Mail | BISS_Hannover@web.de

Beratung für Frauen bei häuslicher Gewalt

Zum Internationalen Tag GEGEN Gewalt an Frauen
Eine Reise durch die Seele der Betroffenen
Weibliche Genitalverstümmelung/FGM



Montag, 27. November 2017

Haus der Region Hannover
Hildesheimer Straße 18, 30169 Hannover

09.30 Uhr	Einlass
10.00 Uhr	Begrüßung: Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover Vertreterin der AG Migrantinnen/ HAIP
10.20 Uhr	Vortrag: Frau Jawahir Cumar, stop mutilation e.V., Düsseldorf
11.05 Uhr	Pause
11.20 Uhr	Kurzbericht von einer FGM Betroffenen
11.30 Uhr	Vortrag: baobab-zusammensein e.V., Hannover
12.15 Uhr	Parkour mit ExpertInnen
13.00 Uhr	Schlusswort und Ausklang mit Imbiss

Anmeldungen bitte bis zum 17.11.2017 an suana@kargah.de
Die Veranstaltung ist als Fortbildung der Ärztekammer Niedersachsen anerkannt.

Eine Veranstaltung von SUANA / kargah e.V. und der AG Migrantinnen (HAIP) in Kooperation mit dem Referat für Frauen und Gleichstellung der Landeshauptstadt Hannover, dem Gleichstellungsteam der Region Hannover und baobab zusammensein e.V.



All human beings are born free and equal in dignity and rights*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 2



© Foto von Sarah Eick. Öffentliche Aktion von Amnesty International auf dem Opernplatz in Hannover

Interview mit Thomas Adank, Beauftragter für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Stadt Hannover

Vielfalt und Freiheit gehören zur Demokratie

Hiltrud Koch, Amnesty International

Die städtische Verwaltung koordiniert ihre Arbeit zu sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt.

Hiltrud Koch von Amnesty International Hannover sprach mit Thomas Adank über seine Arbeit.

H.K.: Sie arbeiten als „Beauftragter für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ bei der Stadt Hannover. Was ist Ihr Auftrag?

T.A.: Seit 2001, als homosexuelle Paare die eingetragene Lebenspartnerschaft erstmalig eingehen konnten, wurden finanzielle Mittel im Haushalt durch

Ratsbeschluss bereitgestellt. Seither gibt es Ansprechpersonen für geschlechtliche Vielfalt bei der Stadt. Der Stadt Hannover ist es schon immer ein wichtiges Anliegen gewesen, auch die gleichberechtigte Teilhabe von queeren Menschen zu ermöglichen. Es zeigt eine Haltung und ist ein klares Statement: Der Abbau von Diskriminierung, Abwertung und Ausgrenzung ist unsere Aufgabe. Respekt, Wertschätzung und Akzeptanz verschiedener Lebensformen halten wir für die Grundvoraussetzungen einer Demokratie.

H.K.: Was ist Ihre konkrete Aufgabe?

T. A.: Wir verstehen uns als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und der queeren Community. Es ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Wir arbeiten sehr stark nach innen, um die Mitarbeiter*innen für das Problemfeld zu sensibilisieren und stehen im regelmäßigen Austausch mit den verschiedenen Fachbereichen der Stadt.

Hierbei geht es immer auch um den selbstverständlichen, respektvollen und angemessenen Umgang in den Fachbereichen, Ämtern und Betrieben

mit vielfältigen Lebensformen. Dazu veranstalten wir beispielsweise Fachtagungen und Workshops zu Themen wie Regenbogenfamilien, schwule Senioren u.a. Wir wirken auch in die Stadtgesellschaft hinein, indem wir alle Vereine, Gruppen, Organisationen, Verwaltung und Politik an einen Runden Tisch bringen. Wir sehen uns als Ansprechperson für alle in der Stadt, die mit dem Thema LSBTTIQ zu tun haben oder interessiert sind und bieten auch Erstberatungen an. Zunehmende Bedeutung gewinnt das Thema Migration und sexuelle Identität. Unter den Geflüchteten gibt es viele, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder allgemein geschlechtlichen Identität besondere Probleme haben.

H.K.: Mit welchen Themen kommen die betroffenen Asylbewerber*innen zu Ihnen?

T.A.: Es gibt immer wieder Schwierigkeiten bei der Unterbringung in den Unterkünften wegen der Homofeindlichkeit anderer Bewohner. LSBTTIQ-Menschen mit Fluchterfahrung haben teilweise Angst vor der eigenen Familie, vor Blutrache und Gewalt, vor Abschiebung und Verfolgung in ihrem Herkunftsland. Manchen droht gar die Zwangsheirat. Vielen fehlt das Vertrauen in unsere Behörden und Beratungsstellen. Manche sind traumatisiert, haben psychische Probleme, leiden an Depressionen. Sie erleben bundesweit immer wieder Gewalt, sexuelle Übergriffe und Diskriminierung von ande-

ren Flüchtlingen. In den Gesprächen geht es oft um spezielle asylrechtliche Fragen im Kontext von Homosexualität. Wir bieten einen Schutzraum für vertrauensvolle Gespräche. Letztes Jahr gab es 130 direkte Kontakte, überwiegend schwule Männer zwischen 28 und 40 Jahren, aus 15 Ländern. Es gibt bundesweit großen Beratungsbedarf.

H.K.: Was bieten Sie außer Beratung noch an?

T.A.: Wir haben mehrsprachige Informationsbroschüren entwickelt. Darin finden Interessierte Informationen und Adressen einschlägiger Organisationen, die dem Thema offen und unterstützend gegenüberstehen. 2016 haben wir eine bundesweite Fachtagung zum Thema organisiert, wonach etliche Initiativen in anderen Orten entstanden sind.

H.K.: Was ist der Kern des Problems?

T.A.: Queer zu sein und deshalb verfolgt zu werden ist ein Asylgrund. Manche kommen damit aber erst heraus, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Sie hatten sich aus Angst vor Diskriminierung nicht getraut, das zu erwähnen.

Kontakt:
info@amnesty-hannover.de

„Queer“ zur Heteronormalität

Mit LSBTTIQ oder ähnlichen Abkürzungen werden „Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender, Intersexuelle, Queere“ benannt.

„Queer“ scheint sich als Oberbegriff allmählich durchzusetzen für Menschen mit unterschiedlichsten sexuellen Orientierungen und physischen Konstitutionen.

„Liebe ist kein Verbrechen“ lautet der Slogan von amnesty international gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung queerer Menschen in vielen Staaten. Geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung sind wesentliche Bestandteile der Persönlichkeit. Menschenrechte kennen weder Grenzen noch Geschlecht.

Da Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder Intersexualität in vielen Herkunftsländern Inhaftierung und Folter drohen bis hin zur Todesstrafe, erhalten davon betroffene Geflüchtete in Deutschland Asyl.

Erste Kontakte:

QueerAmnesty Hannover:

queer.amnesty-hannover.de

www.amnesty-hannover.de

Queer Refugees Hannover:

queer-refugees@posteo.de

andersraum:

info@andersraum.de | www.andersraum.de

Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Personal und Organisation:

18.ls@hannover-stadt.de | www.hannover.de/lst

Gender und Flucht

(Un-)Sichtbarkeit genderspezifischer Menschenrechtsverletzungen im Fluchtkontext

Manfred Brink, „G mit Niedersachsen“ – Bildungs- und Beratungsstelle zu Geschlechtergleichstellung und Migration (VNB e.V.)

Gender kommt in Flucht-, Aufnahme- und Partizipationsprozessen eine Bedeutung zu. Genderspezifische Fluchtgründe und -erfahrungen führen zu genderspezifischem Bedarf an Hilfe.

Genderspezifische Gewalterfahrungen

In Herkunftsregionen, auf Fluchtwegen, in EU-Ländern und in Deutschland finden Menschenrechtsverletzungen differierender Quantität und Intensität statt. Verstöße müssen überall sichtbar gemacht, Opfer geschützt und Bedingungen für verbesserte Lebensperspektiven auf Basis der universellen Menschenrechte etabliert werden.

Wie die „Study on Female Refugees“ (2017) belegt, sind Frauen häufiger betroffen von genderspezifischen Fluchtgründen, wie insbesondere erlebte oder Angst vor (sexueller) Gewalt.

Mehrheitlich sind sie Opfer von Vergewaltigungen. Doch werden auch Männer und Jungen Opfer sexueller Gewalt; ein weitflächig tabuisiertes Thema. Außerdem steht Homosexualität nach wie vor in vielen Ländern unter Strafe.

Informationen zu einem Workshop von „G mit Niedersachsen“ zum Themenbereich am 02.12.2017 finden Sie im Veranstaltungsprogramm auf S. 6 u. 7.

Weiterführende Informationen: www.g-mit-niedersachsen.de

Schutz vor genderspezifischen Menschenrechtsverletzungen

Vielen Opfern steht in den Herkunftsgebieten und auf der Flucht keinerlei Rechtsschutz zu. Ein Großteil der Übergriffe findet im unsicht-



© G mit Niedersachsen – Bildungs- und Beratungsstelle (VNB e.V.)

baren Raum, also im Nahbereich, statt.

Auch in Deutschland erleben schutzbedürftige Geflüchtete genderspezifische Benachteiligungen, erfahren Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen. Die vom BMFSFJ und UNICEF dieses Jahr erweiterten und überarbeiteten „Mindeststandards

zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“, richten den Fokus nun auch auf besonders schutzbedürftige Personengruppen wie Kinder und Frauen und enthalten erstmals auch Leitlinien zum Schutz von LSBTI Geflüchteten. Wie Multiplikator*innen der Migrations- und Partizipationsarbeit

Genderkategorien berücksichtigen können, dazu bietet „G mit Niedersachsen“ Beratung an.

Kontakt:
g-mit-niedersachsen@vnb.de

Wohnprojekt

Ein Schutzraum für schwule Männer mit Fluchterfahrungen

Hiltrud Koch, Amnesty International

Viele Partner arbeiten Hand in Hand bei der Betreuung eines besonderen Wohnprojekts

Diskriminierung und Gewalt haben schwule Geflüchtete nicht nur in ihren Herkunftsländern erlebt. Auch in den großen Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie nach ihrer Flucht untergebracht werden, sind sie nicht sicher vor Anfeindungen und homophoben Äußerungen. Wenn in 82 Staaten Homosexualität mit Gefängnis bestraft wird, in acht Staaten die Todesstrafe droht, dann sind Vorurteile in diesen Gesellschaften stark verbreitet und werden auf der Flucht nicht abgelegt.

Wohngemeinschaft für Schwule in Hannover ist Vorreiter

Hannover ist die erste deutsche Kommune, die wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Gruppe eine Wohngemeinschaft für Schwule eingerichtet hat. Dies geschah nicht zuletzt aufgrund der Initiative der Beauftragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt des Kultur- und Personaldezernats der Stadt.

Für bis zu neun Männer ist Platz. Dort können sie anonym und sicher wohnen.

Einmal wöchentlich besucht eine Mitarbeiterin von kargah e.V., Verein für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingsarbeit, die Bewohner der Wohngemeinschaft. Zusätzlich gibt es zweimal in der Woche feste Sprechzeiten im Beratungsbüro in der Nähe der WG. Die Bewohner haben die Möglichkeit, soziale, asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragen in einem sicheren Setting mit sensibler Sprachmittlung zu klären. Auch eine psychosoziale Beratung ist gegeben.

Das Angebot des kargah e.V. beinhaltet einen vertrauensvollen Umgang mit den individuellen Anliegen der Bewohner, die bei der Aufarbeitung ihrer Fluchtgeschichte und beim Ankommen in der neuen Stadt begleitet werden. Bei Bedarf erfolgt eine Weiterleitung an andere professionelle Beratungsstellen und Angebote in der Stadt Hannover sowie an ehrenamtliche Unterstützer*innen.

Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen ist nicht konfliktfrei. Sie sind traumatisiert. Hier leben Schwule zusammen, die vielleicht schon Aktivisten in ihrem Heimatland waren, mit solchen, die Probleme haben, sich selbst anzunehmen, weil sie in ihrem Land geächtet waren.

Lesbische Frauen sind bisher weniger sichtbar. Sie leben meist im Familienverband oder suchen Zuflucht in Frauenhäusern.

Unterstützung durch die Stadt

Die WG ist eine der Wohnungen, die der Fachbereich Planen und Stadtentwicklung der Stadt Hannover auf dem freien Markt für Menschen mietet, die besonderen Schutz benötigen oder aus anderen Gründen nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden können. Die Mietverträge schließt die Stadt ab, garantiert damit die Bezahlung und die Beseitigung von möglichen Schäden. Timo Cramm vom „Sachgebiet Unterbringung“ betont, dass es sich dabei immer um eine Form von zeitweiliger Unterbringung, als Alternative zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, handelt.

Matthias Zyzik ist einer von zwei Kollegen aus dem städtischen Integrationsmanagement im Fachbereich Soziales, die zum Gebiet LSBTIQ-Geflüchtete besonders geschult sind. „Zunächst geht es darum, Vertrauen aufzubauen. Dass jede Beratung sensibel und empathisch sein muss, liegt auf der Hand.“ Im Rahmen eines unterstützenden und ergänzenden Angebotes beraten und begleiten die Mitarbeiter*innen des Integrationsmanagements die Geflüchteten unabhängig von deren individuellem Status vom Zuzug nach Hannover bis hin zur Eingewöhnung in der eigenen Wohnung in den Stadt-



© Grafik von Minou Vochtt

teilen. Dabei werden alle Lebensbereiche von Asyl über Arbeitssuche, Spracherwerb, Bildung, Übergang in SGB II, Wohnungssuche bis hin zum allgemeinen Umgang mit Behörden ebenso abgedeckt, wie das Herstellen von Kontakten.

Dieses Zusammenspiel vieler verschiedener Ämter, Organisationen und Per-

sonen zum Schutz von Menschen und ihren elementaren Rechten könnte ein Vorbild sein.

Kontakt:
info@amnesty-hannover.de

Todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 2

Menschenrechte in Ägypten

Die ausgeblendete Krise

Jannis Grimm, Doctoral Fellow an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies (BGSMS)

Im Juni 2017 kam der ägyptische Staatschef Al-Sisi nach Berlin. Von der Bundesregierung wird er als wichtiger Partner wahrgenommen, obwohl in Ägypten Nichtregierungsorganisationen verboten, Oppositionspolitiker verhaftet, Medien zensuriert und der „Kampf gegen den Terrorismus“ jenseits aller Konventionen geführt wird. In Scheinprozessen wurden in Ägypten in den vergangenen Jahren über 700 Todesurteile gesprochen. [...]

Der Wunsch nach außenpolitischer Normalisierung

[...] Durch die Normalisierung der Beziehungen zu Europa ist der Druck auf die Führung in Kairo gesunken,

von seiner Repressionsstrategie abzuweichen. Obgleich Merkel bei ihrem Kairo-Besuch im März dieses Jahres für Rechtsstaatlichkeit und eine pluralistische Zivilgesellschaft warb, sind liberale Reformen und die Achtung von Menschen- und Bürgerrechten weder Vorbedingung noch treibende Kraft der neuen außenpolitischen Zusammenarbeit.

Diese steht vielmehr ganz im Zeichen von Sicherheitskooperation, Investitionsinteressen europäischer Großkonzerne und der Prävention unkontrollierter Migration nach Europa. [...]

Eine akute Menschenrechtskrise

Das Ergebnis: Auf dem Sinai wird der ägyptische „Kampf gegen den Terroris-

mus“ zunehmend unter Missachtung jeglicher Kriegsrechtskonventionen geführt. Nach Massenvertreibungen und der Inkaufnahme ziviler Opfer bei Militäroperationen kursierten zuletzt Aufnahmen ägyptischer Soldaten, die unbewaffnete Gefangene exekutierten. Gleichzeitig steigen sowohl die Opferzahlen jihadistischer Gewalt, wie auch militärischer Vergeltungsschläge. [...] Die staatliche Terrorismus-Definition wurde seit 2015 graduell ausgedehnt, sodass heute jegliche regimekritische Akteur*innen zum Schutz der „öffentlichen[n] Ordnung“ und der „nationalen Einheit“ durch die Sicherheitskräfte verfolgt werden können. Dies hat den Spielraum für eine kritische Zivilgesellschaft massiv beschränkt: Unabhängige Gewerkschaften stehen vor dem Aus, die federführenden Organisator*innen von Straßenprotesten (etwa die April 6 Jugendbewegung) sind verboten und unliebsame Parteien wurden aufgelöst. Seit Ende 2013 gilt zudem ein Demonstrationsgesetz, welches das Streik- und Versammlungsrecht einschränkt und alle kollektiven Aktionen einer polizeilichen Genehmigungspflicht unterstellt. Mit Blick auf die 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen in Ägypten verschärfen sich zuletzt auch die Rhetorik und die staatlichen Repressalien gegen die wenigen verbliebenen Oppositionsparteien. Seit Anfang des Jahres wurden mindestens 36 Oppositionspolitiker festgenommen. [...]

Beugehaft, Zwangverschleppungen und Exekutionen

Regimekritiker*innen sind immer häufiger auch von außergesetzlicher



© Sarah Carr, Dieses Bild steht unter einer Creative Commons Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/deed.de>

Staatsgewalt betroffen: Willkürlich festgesetzte Beugehaft, Zwangverschleppungen und Exekutionen gehören inzwischen zum repressiven Repertoire des Sicherheitsstaats. Seit dem Militärputsch 2013 sind zudem mindestens 124 Häftlinge durch Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Die Zahl politischer Gefangener in Ägypten ist in den letzten zwei Jahren von zuvor ohnehin 40.000 auf nun mindestens 60.000 angestiegen.

Die Aus- und Gleichschaltung der Medien

Journalist*innen und Blogger/innen sind hiervon ebenso betroffen wie Nichtregierungsorganisationen. Ägypten rangiert bezüglich der Pressefreiheit auf Platz 161 von 180 in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Mindestens 25 Reporter sind in Haft, freie Meinungsäußerung in öffentlichen Medien ist praktisch nicht mehr möglich. Zwangsgeschlossen wurden auch die etwa zwei Dutzend Menschenrechtsorganisationen, die in den vergangenen Jahren eine Führungsrolle im Kampf um Übergangsgerechtigkeit und eine Sicherheitssektorreform einnahmen.

Diese müssen sich zukünftig registrieren und ihre Aktivitäten, Studien und Umfragen von den staatlichen Behörden genehmigen lassen - vorgeblich zur Kontrolle etwaiger extremistischer Aktivitäten.

Düstere Aussichten für Stabilität und Entwicklung

[...] Die Regierung in Kairo kann derzeit kein effektiver Partner im internationalen Kampf gegen den Terrorismus sein, da ihre brutale Repressionspolitik Radikalisierung befördert. Gleichzeitig werden wirtschaftliche Entwicklungs- und Stabilisierungsprogramme im Land nur greifen, wenn die gesellschaftliche Polarisierung überwunden wird und rechtstaatliche Standards zu Investitionssicherheit beitragen. [...]

Gekürzte Fassung. Der komplette Artikel ist unter <https://www.boell.de/de/2017/06/07/menschenrechte-aegypten-die-ausgeblendete-krise> nachzulesen und erschien erstmals am 07. Juni 2017.

Kontakt: Stiftung Leben & Umwelt, info@slu-boell.de

Auszüge aus „Hymnen eines Migranten“

von Abdulrahman Afif

8

لن تعود من رحلتك أيها المهاجر. فازرع شجرة تحب المطر مثلك وتمن أن تعيش طويلا وتورق يناعة وقوة وتثمر بلا نهاية. تمن أن تأتي إليها الأطيوار من كل حذب وصب وتغني أناشيدها ليل نهار. وليجمع الشعراء غناها ويصنعوا منها دواوين الحب. ازرع البقدونس والجرجير والكوسا. فالانشودة غير مكتملة دونها. أناشيد المهاجر.

8

Du wirst nicht von deiner Reise zurückkehren, Auswanderer. Pflanze dann einen Baum an, der den Regen wie du liebt und hoffe, dass er lange lebt und frische Blättern treibt und endlos Früchte trägt. Hoffe, dass die Vögel würden von jeder Ecke zu ihr kommen und ihre Lieder Tag und Nacht singen. Und die Dichter sollen ihr Gesang sammeln, um daraus Gedichtbände der Liebe zu machen. Pflanze Petersilie, Brunnenkresse und Zucchini. Da deine Hymnen ohne sie nicht vollständig sind.

Bündniszeitung zum Tag der Menschenrechte

Für die Artikel zeichnen sich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich



Redaktion:
Kathrin Apelt, Anna Blank, Laura Heda, Hiltrud Koch, Roswitha Riemann, Jutta Meyer-Wiedenbach

Projektkoordination: kargah e. V.
Layout: Dimitrij Czepurnyi, kargah e. V.

Argus print media Verlag (UG), Hannover

Auflage: 19.000 Exemplare
Druck: Druckzentrum Braunschweig

Bündnispartner*innen:



Gefördert von: Landeshauptstadt Hannover

Medienpartner: Welt-in-Hannover.de

Mehrsprachiges Programm + Infos:
www.menschenrechte.kargah.de

